

Augsburger Allgemeine



Arzneimittel
Ärzte warnen vor
Menschenversuchen
Politik

Museum
Gartenkultur wird
in Illertissen präsentiert
Bayern

Polizistenmord
Der Prozessaufakt
im Liveticker
Bei uns im Internet



Wolkig, -3 Grad
Nur örtlich
etwas Schnee
Wetter



DONNERSTAG, 21. FEBRUAR 2013 AUSGABE AS | NR. 44 | 69./162. JAHRGANG

www.augsburger-allgemeine.de

PREIS € 1,50

Bayern ruft Handel zu mehr Verantwortung auf

Pferdefleisch-Skandal Minister Huber übt scharfe Kritik an der Lebensmittelbranche

VON JÖRG SIGMUND

Augsburg Bayerns Gesundheitsminister Marcel Huber (CSU) gibt im Pferdefleisch-Skandal dem Handel eine Mitschuld. Verantwortlich für die Qualität eines Produktes sei immer der Letzte, der es verkauft hat, sagte Huber im Interview mit unserer Zeitung. „Der Hersteller muss sich durch eigene Kontrollen vergewissern, dass die Ausgangsprodukte einwandfrei sind.“

Auch Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner lässt den Handel nicht aus der Verantwortung. „Jeder Pizzabäcker weiß, welche Zutaten er verarbeitet. Auch große Handelskonzerne, die unsere ganze Republik beliefern, müssen jederzeit wissen, was drin ist in ihren Produkten und woher sie kommen“, sagte die CSU-Politikerin.

Der Handelsriese Rewe wies die Kritik an mangelnden Qualitätskontrollen der Branche zurück. „Die Unternehmen machen schon heute hunderte Kontrollen als die Lebensmittelbehörden“, betonte Rewe-Vorstand Manfred Esser. Der Handel habe erhebliche Schäden und Rufschaden infolge von Be-

trugsfällen. „Wir hatten Rindfleisch bestellt und dafür bezahlt, und nun haben wir in einzelnen Fällen Pferdefleisch in den Regalen“, so Esser. Er nannte es erschreckend, dass „beinahe reflexartig“ mit Schuldzuweisungen an den Handel reagiert werde, bevor die Politik alle Möglichkeiten der Aufklärung ausgeschöpft hat.

Dem widerspricht Huber. Im harten Wettbewerb der sieben großen Einzelhandelsketten gehe es um Service, Qualität und Preis. „Und wenn man an der Preisschraube dreht, bleibt die Verantwortung des Handels bestehen, nur einwandfreie Produkte zu verkaufen.“ Der Minister fordert härtere Strafen für Lebensmittelbeträger. „Wer Profitgier über die Interessen der Verbraucher stellt, dem muss das Handwerk gelegt werden.“ Huber drängt entschieden darauf, illegale Millio- nengewinne abzuschöpfen. „Wir müssen ein ordentliches Abschreckungspotenzial schaffen.“ Es sei jetzt Sache der Justiz, genau aufzuklären, wer in der komplizierten Kette der Lebensmittelunternehmen die strafrechtliche Verantwortung zu tragen hat.

34 von 485 amtlichen Proben waren bisher positiv

Die deutschen Behörden haben inzwischen in 34 von 485 amtlichen Proben undeckeltes Pferdefleisch entdeckt. In den Proben wurde jeweils mehr als ein Prozent Pferdefleisch festgestellt. Daher müsse nicht nur von Spuren, sondern von einer Beimischung gesprochen werden, so das Bundesverbraucherministerium. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt unterdessen gegen das niedersächsische Fleischunternehmen Schypke. Es bestche der Verdacht, dass in dem Betrieb Pferdefleisch verarbeitet worden sei, sagte eine Sprecherin der Behörde. „Wir haben uns nichts zuschulden kommen lassen, wir produzieren weiter“, betonte dagegen Schypke-Vertriebschef Manfred Diekmann. (mit dpa) »Wirtschaft

Information für Verbraucher

Verbraucher können sich seit Mittwoch über die Internetseite <http://www.pferdefleisch-ruekrufe.de> über falsch deklarierte Fleischprodukte informieren. Die vom Bundesverbraucherministerium betriebene Seite listet die von Herstellern und Händlern im Zuge des Pferdefleisch-Skandals zurückgerufenen Produkte auf und stellt die Informationen der Gesundheitsbehörden der Länder zu dem Skandal zusammen. Laut Ministerium können Verbraucher die betroffenen Waren zurückbringen und erhalten ihr Geld zurück. Informationen gibt es auch über die Service-Telefonnummer 02 28 / 24 25 26 27 (montags bis freitags, 8.00 bis 18.00 Uhr).

Oberst Kirsch kritisiert Sparpolitik

Augsburg Der Beschluss des Bundeskabinetts, bis zu 330 Soldaten nach Mali zu schicken, hat grundsätzliche Kritik des Chefs des Bundeswehrverbandes, Oberst Ulrich Kirsch, an der deutschen Strategie für Auslandseinsätze hervorgerufen. Zwar halte auch er den Einsatz in Mali für sinnvoll, doch er fürchte, dass die Kräfte der Truppe durch zu viele Missionen „überdehnt“ würden, sagte Kirsch in einem Interview mit unserer Zeitung. Es könne nicht sein, dass die Bundeswehr sich immer stärker im Ausland engagiere, während sie gleichzeitig im Inland von einem „Spardiktat“ bedroht sei. Kirsch sieht die Bundeswehrreform gefährdet, wenn die „unverantwortliche Sparpolitik“ fortgeführt werde. (ska) »Politik

Sonst tschüs Bairisch!

Kultur Verein fordert Aufnahme der bedrohten Sprache in die EU-Charta

VON JOSEF KARG

Augsburg Wenn es um die bayerische Sprache geht, ist mit Sepp Obermeier nicht zu spaßen. Und der Niederbayer sieht Gefahr im Verzug. Seit 2009 steht Bairisch im Weltatlas der bedrohten Sprachen. Weil Tschüs & Co. im Freistaat immer weiter auf dem Vormarsch sind, schlägt der Vorsitzende des Vereins „Bund Bairische Sprache“ nun wieder einmal Alarm. Zum heutigen Tag der Muttersprache fordert er, dass das Bairische endlich in die EU-Charta der Minderheitensprachen aufgenommen werden sollte.

Von staatlicher Seite habe es zuletzt „außer Lippenbekenntnissen

keinerlei angemessene Reaktionen in diese Richtung gegeben“, sagt Obermeier. Er fordert die bayerische Europa-Parlamentarier auf, sich für ihre Heimatsprache einzusetzen: „Wenn sich weiter nichts tut, kann der Ministerpräsident künftig ja auch auf das klischeehafte Auftragen bairischer Verserl von in Tracht gewandeten Kindern inmitten der sowieso völlig dialektfreien Landeshauptstadt verzichten.“

Nach Ansicht von Bayerns führendem Dialektforscher soll durch das verbindende Element der EU-Charta die grenzübergreifende Zusammenarbeit einer Sprachgruppe gestärkt werden. Dies wäre mit weiten Teilen Österreichs und Südtirols

der Fall. Dass das Bairische im Gegensatz zum Niederdeutschen (Plattdeutsch) im Sprachgebrauch des öffentlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens nicht gefördert wird, erfüllt Obermeier zufolge „den Tatbestand der Sterbehilfe“.

Vor acht Jahren scheiterte ein erster Anlauf zur Aufnahme in die EU-Charta. Damals mit dem Argument der „nicht existierenden einheitlichen Verschriftung“, wie es im Brüsseler Bürokratischdeutsch hieß. Dem hat Sepp Obermeier nun vorgebeugt und für die seiner Ansicht nach standardnahe Münchner Mundart eine Art Duden fürs Bairische erarbeitet.

Abschied



Der große Kinderbuchautor Otfried Preußler ist tot

Da können sich selbst die Räuber eine Träne nicht verknäueln, wobei: Selbst die Räuber waren bei ihm keine Unholde, sondern Menschen mit Herz. So wie ihr Schöpfer. Mit Otfried Preußler ist Anfang der Woche einer der großen Geschichtenerzähler Deutschlands gestorben, wie sein Verlag gestern bekannt gab. Der Autor zahlreicher Kinderbuch-Klassiker wie „Der Räuber Hotzenplotz“, „Die kleine

Hexe“ oder „Krabat“ begleitet seit den 50er Jahren Generationen von jungen Lesern ins Erwachsenenleben. Sein Geheimnis: „Kinder brauchen gute Geschichten und gute Geschichten erkennen sie immer und überall und zu jeder Zeit!“ Lesen Sie im Feuilleton den Nachruf auf einen leidenschaftlichen Erzähler. Und danach vielleicht einfach mal wieder den Hotzenplotz. Träne erlaubt! Foto: Imago/AZ

Haftstrafe für Schüler nach Amokalarm

Justiz 15-Jähriger hatte in Memmingen um sich geschossen

Memmingen Wegen versuchten Totschlags in vier Fällen hat das Memminger Landgericht einen 15 Jahre alten Schüler zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Jugendliche hatte im Mai vergangenen Jahres zuerst in der Mensa seiner Schule eine Schuss aus einer scharfen Waffe abgegeben und sich später auf dem Sportplatz in Steinheim bei Memmingen einen stundenlangen Nervenkrieg mit der Polizei geliefert. Er

hatte wild um sich geschossen und vor allem Polizeibeamte in Lebensgefahr gebracht.

Als Motiv gab der Schüler an, einen Tag zuvor habe seine Freundin mit ihm Schluss gemacht. Die scharfen Waffen aus dem Besitz seines Vaters habe er mit in die Schule genommen, um dem 13-jährigen Mädchen zu imponieren, sagte ein Gerichtssprecher. Nach seinen Worten hatte der Schüler das Urteil

„gefasst“ aufgenommen. Zuvor habe er sich entschuldigt.

Im Prozess hatte der Angeklagte gesagt, er habe niemanden umbringen wollen. Gleichwohl hat er nach Ansicht der Jugendkammer aber billiger in Kauf genommen, dass jemand zu Tode kommt. In der Urteilsbegründung warf die Vorsitzende Richterin den Eltern Fehler in der Erziehung vor. Das Urteil ist rechtskräftig. (mun) »Bayern

Missbrauchopfer weiter ohne Hilfe

Berlin Drei Jahre nach Bekanntwerden zahlreicher Fälle von Kindesmissbrauch an Schulen und Heimen will der Bund längst beschlossene Hilfen für Opfer tatsächlich auf eine gesetzliche Basis stellen. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) sagte vor einer Sitzung des Runden Tisches gegen Kindesmissbrauch in Berlin: „Es ist für mich vollkommen klar, dass wir noch in dieser Legislaturperiode diesen Fonds auf den Weg bringen müssen.“ Bund und Länder streiten jedoch über die Finanzierung des Fonds, aus dem Opfer zum Beispiel bei Therapiekosten unterstützt werden sollen. Das Treffen des Runden Tisches brachte nach Ansicht von Betroffenen-Vertretern keinerlei Fortschritte. (dpa) »Kommentar und Politik

Blickpunkt Lokales

Führungskrise der IG Metall

Ärger bei der IG Metall: Hinter dem Abschied der Ersten Bevollmächtigten Christiane Jansen steckt nach Informationen unserer Zeitung eine Führungskrise.

Kommentar

VON MARTIN FERBER

»fer@augsbu-ger-allgemeine.de

Die Schwachen ohne Lobby

Mitleid bekommt man reichlich, denn es ist umsonst. Mehr als Mitleid aber gibt es nicht. Diese bittere Erfahrung müssen gerade all jene machen, die in ihrer Kindheit Opfer von sexueller Gewalt wurden, sei es durch Familienangehörige, Lehrer oder Priester. Als vor drei Jahren zahlreiche Missbrauchsfälle bekannt wurden, war das Entsetzen groß, von der Bundeskanzlerin bis zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz wurde den Betroffenen rasche und großzügige Hilfe zugesichert.

Hehre Worte, die ganz schnell wieder vergessen wurden. Drei Jahre später stehen die Betroffenen mit leeren Händen da. Weder wurde der Hilfsfonds über 100 Millionen Euro eingerichtet noch ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte der Opfer stärkt und die Verjährungsfristen deutlich verlängern sollte. Bund und Länder streiten, wieder einmal, ums Geld, das Opfergeschick schmort seit bald zwei Jahren im Rechtsausschuss, andere Vorschläge des Runden Tisches existieren nur auf dem Papier.

Ein Armutszugnis für die Politik, die die Missbrauchopfer ihrem Schicksal überlässt. Wieder einmal zeigt sich, dass die Schwachen keine Lobby haben. Sie werden lediglich mit Mitleid abgeseipelt. Aber das ist in diesem Fall entscheiden zu wenig.

Heute in Ihrer Zeitung

Die Letzte der Scholls

Morgen ist es auf den Tag 70 Jahre her, dass Hans und Sophie Scholl, Widerstandskämpfer der Weißen Rose, hingerichtet wurden. Ihre Schwester Elisabeth Hartnagel haben wir besucht. »Die Dritte Seite

Fürth entlässt Büskens

Fußball-Bundesligist SpVgg Greuther Fürth hat sich von Trainer Mike Büskens getrennt. »Sport

Sport vom Mittwoch

FUSSBALL, CHAMPIONS LEAGUE
Galat. Istanbul – Schalke 04 1:1

Kontakt

Redaktion Tel. (0821) 777-0
Fax (0821) 777-2039
redaktion@augsbu-ger-allgemeine.de

Anzeigen Tel. (0821) 777-2500
Fax (0821) 777-2585
anzeigen@augsbu-ger-allgemeine.de

Abo-Service Tel. (0821) 777-2323
abo@augsbu-ger-allgemeine.de

